



© APA/Barbara Gindl

Unternehmensberater warnen, dass Corona-Beihilfen Investitionen und Transformationsprozesse verzögern.

Strukturwandel fehlt

Der neue Lockdown trifft die Wirtschaft erneut hart. Experten sehen aber auch eine Bremse für einen Strukturwandel.

WIEN/BERLIN. Der neuerliche Lockdown trifft die Wirtschaft hart. Wirtschaftskammer und Industrievertreter zeigen zwar Verständnis, pochen aber auch auf Unterstützung. Wichtig sei, die Betriebe zu unterstützen und ihnen eine klare Perspektive zu geben, sagen WKÖ-Präsident Harald Mahrer und WKÖ-Generalsekretär Karlheinz Kopf. Zur Abmilderung der wirtschaftli-

chen Schäden braucht es eine weitere gezielte Unterstützung für die Unternehmen.

Lob für Maßnahmen

„Positiv hervorzuheben ist, dass der im ‚Lockdown light‘ vom Finanzministerium umgesetzte Umsatzzersatz bisher sehr gut funktioniert hat. Wir gehen davon aus, dass ähnliche Modelle gleich unbürokratisch und

rasch für die nun zusätzlich betroffenen Betriebe zur Verfügung stehen“, teilen die WKÖ-Spitzen mit. Appelliert wird aber auch an die Bevölkerung: „Wir alle haben es jetzt gemeinsam in der Hand, wie lange dieser Lockdown dauern muss und wie schnell wir wieder zu einer Form der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Normalität zurückkehren können“, sagt

Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung.

Experten sehen aber auch die Wirtschaft selbst gefordert, auch Präventivmaßnahmen für die Zeit *nach* dem Lockdown zu setzen. Kurzarbeit als Folge der Coronakrise behindere die Erneuerung in deutschen Großunternehmen, berichtet die Unternehmensberatung Boston Consulting Group (BCG) – etwa die Hälfte von in einer Umfrage befragten Firmen mit Kurzarbeit habe Innovationsprojekte gestoppt oder deutlich verlangsamt. Zugleich hätten vier von zehn Unternehmen angegeben, sie hätten ohne Kurzarbeit Arbeitsplätze abbauen müssen.

Hilfe bremst Transformation

BCG hatte Entscheidungsträger von 70 deutschen Unternehmen mit einem Jahresumsatz von jeweils mehr als 1 Mrd. € befragt. „Kurzarbeit hilft, die akute Krise zu meistern“, sagte Boston Consulting-Manager Reinhard Messenböck. „Zu lange eingesetzt, kann sie jedoch überholte Strukturen festigen und so die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen gefährden.“ Es bestehe die Gefahr, im internationalen Vergleich weiter zurückzufallen, wenn sich Transformationsprojekte weiter verzögern. (rüm)

Pandemie als soziale Krise immer sichtbarer

Ungleichheit wächst; Anschober fordert koordiniertes Vorgehen der EU.

WIEN/BERLIN. Die Corona-Pandemie könnte zu einer Nachfragekrise führen, wenn die soziale Ungleichheit wächst, warnen Experten. „Die Corona-Hilfen führen zu einer Umverteilung von unten nach oben. Öffentliche Gelder sollten dafür verwendet werden, eine soziale Krise abzuwenden. Die Corona-Hilfen sind für viele Betroffene nicht ausreichend. Arbeitslose, Armuts-

betroffene und Familien lassen wir de facto im Regen stehen“, sagt der Direktor der Volkshilfe Österreich, Erich Fenninger.

Lob für Maßnahmen

Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, befürchtet, dass die Ungleichheit wegen der Coronakrise wächst. „Wir haben schon heute einen

ungewöhnlich großen Niedriglohnbereich.“ Von der Politik vermisst er eine Vision für die Zeit nach der Krise. „Es geht um die langfristige Transformation. Klimaschutz und Digitalisierung sind zwei Prioritäten.“ Sozial- und Gesundheitsminister Rudolf Anschober fordert von der EU ein koordiniertes Vorgehen, um soziale Systeme in Europa zu stärken. (red)



© APA/Herbert Pfandner

Die Armut nimmt in der Coronakrise zu, warnen Experten.